
Isabella Proeller / Valeria Haasis

Der schrittweise Weg zur Nachhaltigkeitsstrategie in Brandenburg

Fall B

17. November 2014

cases.regierungsforschung.de
Das Fallprogramm auf Regierungsforschung.de

Informationen zum Einsatz dieses Falles stehen über ein Fallwiki (<http://fallwiki.de>) zur Verfügung.
Den Zugang zum Fallwiki erhalten Sie auf E-Mail-Anfrage:

cases@regierungsforschung.de

Redaktion Regierungsforschung.de
Matthias Bianchi, M.A.
Telefon 0203 379-2706
matthias.bianchi@uni-due.de
redaktion@regierungsforschung.de

Herausgeber des Fallprogramms
Prof. Dr. Andreas Blätte
Telefon 0203 379-2286
andreas.blaette@uni-due.de

Regierungsforschung.de ist das wissenschaftliche
online-Magazin der NRW School of Governance

Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Reformkompass.de
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Henrik Riedel
Telefon 05241 81-81266
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

Universität Potsdam
Lehrstuhl für Public und Nonprofit Management
August-Bebel-Str. 98
14482 Potsdam

Isabella Proeller / Valeria Haasis
Telefon 0331-977-3278
proeller@uni-potsdam.de

Impressum

Proeller, Isabella/Haasis, Valeria (2014): Der schrittweise Weg zur Nachhaltigkeitsstrategie in Brandenburg,
cases.regierungsforschung.de, Duisburg.

Der schrittweise Weg zur Nachhaltigkeitsstrategie in Brandenburg

Autor: Isabella Proeller / Valeria Haasisⁱ

ⁱ Prof. Dr. Isabella Proeller ist Inhaberin des Lehrstuhls Public & Nonprofit Management an der Universität Potsdam. Zu ihren Forschungsgebieten gehören strategische Steuerung im öffentlichen Sektor, Steuerungs- und Führungsmechanismen der Verwaltung und Performance Management. Valeria Haasis ist Mitarbeiterin am Lehrstuhl Public & Nonprofit Management an der Universität Potsdam. Sie beschäftigt sich mit Nachhaltigkeitsmanagement, strategischer Steuerung und Public Value.

Fallstudie

Endlich! Nach insgesamt sieben Jahren kontinuierlicher Arbeit wurde sie nun im Sommer 2014 vom Brandenburger Kabinett beschlossen: Die Nachhaltigkeitsstrategie¹. Der Vorsitzende des Beirats für Nachhaltige Entwicklung, Professor Stock vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, war erleichtert, als er das 111-seitige Dokument in den Händen hielt (siehe hierzu Anlage 1 „Inhaltsverzeichnis der Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg“ im Dossier). Seit 2010 hatte der Beirat für Nachhaltige Entwicklung gemeinsam mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit gezielt an dem Dokument gearbeitet. Rückblickend war es eine sehr ereignisreiche Zeit gewesen, in der Netzwerke aufgebaut, Austausch zwischen Verwaltung, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft gefördert und ressortübergreifend Verständnis für Nachhaltigkeit geschaffen worden ist. Professor Stock hielt einen Moment inne und blickte zurück auf einen langen, arbeitsintensiven Prozess, dessen Ergebnisse nun endlich vorlagen. Er fragte sich, ob mehr für eine verbindliche und ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik des Landes hätte erreicht werden können? Wie hätte wohl die Nachhaltigkeitsstrategie ohne die Arbeit des Beirats ausgesehen? Welchen Mehrwert hat der Beirat im Prozess geliefert? In Gedanken ließ er den Prozess Revue passieren.

Der Beirat für Nachhaltige Entwicklung

Der Beirat für Nachhaltige Entwicklung wurde erstmals im Jahr 2007 bis zum Ende der 4. Legislaturperiode im Jahr 2009 vom damaligen Umweltminister Dr. Dietmar Woidke, SPD, einberufen (siehe hierzu Anlage 2 „Übersicht zur Geschichte der Nachhaltigkeit in Brandenburg“ im Dossier). Dieser erste Beirat umfasste 24 Mitglieder aus den Bereichen Wirtschaft, Naturschutz, Wissenschaft und Verwaltung (siehe hierzu Anlage 3 „Mitglieder des 1. Beirats für Nachhaltige Entwicklung (2007 bis 2009)“ im Dossier). Der Beirat sollte Politik und Verwaltung in Nachhaltigkeitsfragen un-

terstützen, Modellprojekte vorschlagen sowie „aus sich heraus, das heißt, aus der Kenntnis des aktuellen Wissens- und Erfahrungsstandes selbstständig Hinweise und Vorschläge für vordringliche Aufgaben von Politik und Verwaltung“ formulieren bzw. „auf erforderliche Handlungskorrekturen aufmerksam“ machen.² Mit seinem Abschlussbericht „Brandenburg auf dem Weg zur Modellregion für Nachhaltige Entwicklung“ legte er im Jahr 2009 erste Empfehlungen³ für Inhalt und Struktur einer Landesnachhaltigkeitsstrategie vor. Nach der Wahl im September 2009 wurde die große Koalition zwischen SPD und CDU abgelöst. Die neue Regierung aus SPD und LINKEN, zunächst wieder geführt von Matthias Platzeck, SPD, schrieb in ihren Koalitionsvereinbarungen fest, dass Beiräte generell nur noch 10 Mitglieder umfassen dürften.⁴

Die neue Landesregierung berief 2010 auf Basis eines Landtagsbeschlusses (siehe hierzu Anlage 4 „Beschluss des Landtags zur Nachhaltigen Entwicklung“ im Dossier) einen neuen Beirat für Nachhaltige Entwicklung ein, der leicht abweichend von den Vorgaben aus den Koalitionsvereinbarungen 13 Experten umfasste und rein wissenschaftlich besetzt war (siehe hierzu Anlage 5 „Mitglieder des 2. Beirats für Nachhaltige Entwicklung (2010 bis 2014)“ im Dossier). Ein Teil der Mitglieder war bereits im ersten Beirat aktiv gewesen und brachte somit Erfahrung aus der vorhergehenden Amtszeit mit. Angesiedelt war der Beirat wieder im Zuständigkeitsbereich des Umweltministeriums, das nun von Anita Tack (DIE LINKE) geführt wurde. „Um eine Verknüpfung von Ressort- und Beiratsinteressen zu vermeiden“⁵, wie es ebenfalls in den Koalitionsvereinbarungen heißt, wurde die Geschäftsstelle des Beirats nun aus dem Umweltministerium ins Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, an dem der Beiratsvorsitzende tätig war, umgesiedelt. Die Arbeit der Geschäftsstelle, in der zwei Mitarbeiter tätig waren, wurde durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) finanziert.

Zwar unterschied sich der neue Beirat in Größe, Zusammensetzung und Arbeitsauftrag vom alten Beirat, doch knüpfte er an die Arbeit der vorhergehenden Wirkungsperiode an und griff die Empfehlungen des Vorgänger-Gremiums für eine Nachhaltigkeitsstrategie auf. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten

- Energie und Klimawandel,
- demografischer Wandel,
- Wandel der Wirtschaftsstruktur,
- Natur- und Umweltschutz sowie
- Bildung

lag dem Beirat vor allem daran, eine Nachhaltigkeitsstrategie unter möglichst breiter Beteiligung der Öffentlichkeit zu erarbeiten. Der Beirat setzte sich dafür ein, Nachhaltigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen. Es sollte nicht nur um die Ausarbeitung von verschiedenen Maßnahmen durch ein Expertengremium gehen, sondern auch um die Beteiligung aller Brandenburger Bürger am Gestaltungsprozess. Der aktive Einbezug der Zivilgesellschaft entspricht dem Verständnis von nachhaltiger Entwicklung als gesellschaftlichen Lern-, Such- und Gestaltungsprozess. Außerdem sollte durch die aktive Beteiligung die Umsetzung erleichtert werden. Tatsächlich ermöglichte der Beirat den Weg für ein im deutschen Vergleich relativ umfassendes Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen von Nachhaltigkeitsstrategien⁶. Der Einbezug der Brandenburger begann recht frühzeitig, nachdem die Landesregierung im Kabinett auf der Grundlage von Empfehlungen des Beirats Eckpunkte für die Landesnachhaltigkeitsstrategie beschlossen hatte. Ausführlich diskutierten die Bürger dann den Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie, der zwischen Beirat und Interministerieller Arbeitsgruppe sowie innerhalb der verschiedenen Ministerien abgestimmt worden war.

Die Interministerielle Arbeitsgruppe

Wenn man den Beirat für Nachhaltige Entwicklung als wissenschaftlich unabhängigen Vordenker bezeichnet, war die Interministerielle Arbeitsgruppe das „zentrale Steuerungsinstrument zur Aufstellung der Nachhaltigkeitsstrategie“⁷. Sie diente dazu, die inhaltlichen Vorschläge des Beirats auf Praxistauglichkeit zu prüfen, zwischen den Ressorts zu diskutieren und abzustimmen. Außerdem koordinierte sie den Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft.⁸ Die IMAG wurde zunächst durch den Staatssekretär des Umweltministeriums Dr. Heinrich-Daniel Rühmkorf geleitet, der im November 2012 durch die neue Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt abgelöst wurde. Die IMAG bestand aus Vertretern aller neun Ministerien sowie der Staatskanzlei. Diese waren vor allem Referatsleiter und Referenten.⁹ Sie standen den Treffen der IMAG und der damit verbundenen zusätzlichen Arbeitsbelastung zunächst skeptisch gegenüber. In den ersten Sitzungen konnte die anfängliche Skepsis allerdings schnell überwunden werden und der Austausch zwischen den Ressorts wurde überwiegend als anregend und gewinnbringend empfunden. Durch das regelmäßige Zusammenkommen wurde ein verlässliches Netzwerk geschaffen, das sich ressortübergreifend mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigte. Insgesamt bestand die Gruppe aus 17 Teilnehmern.

Neben Vertretern der Ministerialverwaltung nahmen aus den Reihen des Beirats der Vorsitzende Professor Stock sowie ein weiteres Beiratsmitglied, Herr Dr. Statz, ehemaliger Leiter des Referats Umweltpolitische Grundsatzangelegenheiten und Nachhaltigkeitsstrategie des Bundesumweltministeriums, regelmäßig an den Sitzungen teil. Auch die beiden Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Beirats waren bei einigen Sitzungen anwesend.

Damit war nicht nur der Austausch zwischen den Ressorts gewährleistet, sondern auch die direkte Verbindung zwischen IMAG und Beirat geschaffen. Die Referenten brachten zum einen Inhalte und

Ansichten aus ihren Ministerien in die IMAG ein; zum anderen kommunizierten sie die aktuellen Ergebnisse an ihre Ministerien, damit diese dort wiederum in den entsprechenden Abteilungen und Referaten bearbeitet werden konnten. In der IMAG wurden so schrittweise alle vom Beirat eingebrachten Themen diskutiert und bei strittigen Themen Kompromisse gefunden. Ein umfassend diskutiertes Thema war beispielsweise die Nachhaltigkeitsprüfung. Im Landtagsbeschluss zur Nachhaltigen Entwicklung in Brandenburg vom 21. Januar 2010 wurde die Landesregierung aufgefordert, Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie zu formulieren und „dabei zu prüfen, ob im Bund verwandte Instrumente (wie z.B. ein Nachhaltigkeitscheck für gesetzliche Regelungen, regelmäßige Fortschrittsberichte oder ein „Green-Cabinet“) auf Landesebene eingeführt werden sollten“¹⁰ (siehe hierzu Anlage 4 „Beschluss des Landtags zur Nachhaltigen Entwicklung, Drucksache 5/290-B“ im Dossier). Herr Dr. Statz nahm sich dieser Problematik an und verfasste Anregungen für eine Nachhaltigkeitsprüfung von Plänen und Programmen. Diese stellte er in der IMAG vor und initiierte damit die Arbeit an einem Excel-basierten Nachhaltigkeitstool. Dieses sollte dazu dienen, Vorhaben im Vorhinein auf ihren Nachhaltigkeitscharakter zu überprüfen und Entscheidungsträger zu informieren (siehe hierzu Anlage 6 „Einführung für den Expertenworkshop zur Nachhaltigkeitsprüfung am 13. Dezember 2011“ im Dossier). Es fanden verschiedene Pilotversuche in unterschiedlichen Ressorts statt.¹¹ Das Instrument wurde in der IMAG kontrovers diskutiert. Auch Staatssekretäre verschiedener Ressorts mit konträren Meinungen haben sich an den Debatten beteiligt. Schließlich wurde das Thema zurückgestellt, fand aber schlussendlich doch Eingang in die Nachhaltigkeitsstrategie. So sollen die Ergebnisse der Pilotversuche ausgewertet und zentrale Vorhaben, auf die eine Nachhaltigkeitsprüfung angewendet werden könnte, identifiziert werden.¹²

Die Idee des Beirats für Nachhaltige Entwicklung, in einem breiten Partizipationsverfahren möglichst viele Bürger sowie Akteure der Zivilgesellschaft in die Ausarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie einzubeziehen, stieß bei der Umweltministerin Anita Tack auf offene Ohren. Auch sie wünschte sich eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit. Eine Bietergemeinschaft, bestehend aus zwei Kommunikationsagenturen, wurde durch das Umweltministerium damit beauftragt, den Prozess zu organisieren. Am 23. März 2012 begann die erste Dialogphase mit einer Auftaktveranstaltung (siehe hierzu Anlage 7 „Brandenburg will nachhaltig werden“ im Dossier). Etwa 200 Bürger nahmen an der Veranstaltung teil. Mit der Anwesenheit von Herrn Dr. Volker Hauff, der in den 1980er Jahren Mitglied der Brundtland-Kommission war, gelang es den Organisatoren eine prominent besetzte Auftaktveranstaltung zu organisieren.

Der Auftaktveranstaltung folgten in den kommenden Monaten Bürger-Workshops zu den Themen:

- Klima und Energiepolitik,
- Finanzpolitik,
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE),
- Wirtschaft und Arbeit,
- Lebensqualität in Städten und Dörfern sowie
- Jugend.

An den Workshops nahmen Bürger genauso wie Interessenvertreter aus Umwelt, Wirtschaft, Bildung und Verwaltung teil. Die in diesen Sitzungen gesammelten Ideen, Anregungen und Meinungen wurden vom Umweltministerium gebündelt und an die IMAG weitergeleitet. Dort flossen sie in die Diskussionen ein und wurden „weiterverarbeitet“. Die IMAG erstellte einen ersten offiziellen Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie unter Federführung des Umweltministeriums, das die Vorlage erarbeitet hatte, und auf Basis der Empfehlungen des Beirats für Nachhaltige Entwicklung,

der Anregungen aus dem Beteiligungsprozess und der Ergebnisse des Abstimmungsprozesses zwischen den Ministerien einbrachte.

Der Strategieentwurf wurde in einer zweiten Dialogphase öffentlich zur Diskussion gestellt. Hier fand auch ein erster Expertenworkshop zu den Zielen und Indikatoren der Strategie statt. So hatten Bürger die Möglichkeit, sich während einer Veranstaltung direkt zum Entwurf zu äußern oder das Dokument im Internet zu kommentieren. Die Ergebnisse aus der Onlinebeteiligung und der Veranstaltung wurden an die IMAG weitergeleitet. Diese erstellte dann die Endfassung der Landesnachhaltigkeitsstrategie, die am 29. April 2014 von der Landesregierung verabschiedet worden war und die Professor Stock nun in den Händen hielt. Es war ein umfangreicher Prozess gewesen, an dem sehr viele Menschen mitgewirkt haben, und er war froh, also Beiratsvorsitzender maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Dennoch wusste er auch, die eigentliche Arbeit - die Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie – stand noch bevor.

Endnoten / Anmerkungen

¹ Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2014): Natürlich. Nachhaltig. Brandenburg. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg, Potsdam.

² Woidke, Dietmar (2007): Statement des Ministers zur konstituierenden Sitzung des Beirats für Nachhaltige Entwicklung, S. 2-3.

³ Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz des Landes Brandenburg (2009): Brandenburg auf dem Weg zu Modellregion für Nachhaltige Entwicklung, Endbericht, Potsdam.

⁴ SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg (2009): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2009 bis 2014, S. 60/61.

⁵ Ebd., S. 61.

⁶ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2014): Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln. Strategien für eine nachhaltige Zukunft in Deutschland, Europa und der Welt, Gütersloh, S. 200 ff.

⁷ Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (2014): Akteure bei der Aufstellung der Nachhaltigkeitsstrategie, verfügbar auf: <http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.311719.de> (Stand 23.10.2014).

⁸ Ebd.

⁹ Interview mit Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, 2013.

¹⁰ Landtag Brandenburg (2010): Drucksache 5/290-B, 5. Wahlperiode, Neudruck, Beschluss des Landtages Brandenburg.

¹¹ Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (2012): Nachhaltigkeitsprüfung, verfügbar auf: <http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.311783.de> (Stand 23.10.2014).

¹² Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2014): Natürlich. Nachhaltig. Brandenburg. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg, Potsdam, S. 80.

Dossier

Anlage 1: Inhaltsverzeichnis der Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg 2014

Anlage 2: Übersicht zur Geschichte der Nachhaltigkeit in Brandenburg

Anlage 3: Mitglieder des 1. Beirats für Nachhaltige Entwicklung (2007 bis 2009)

Anlage 4: Beschluss des Landtags zur Nachhaltigen Entwicklung, Drucksache 5/290-B

Anlage 5: Mitglieder des 2. Beirats für Nachhaltige Entwicklung (2010 bis 2014)

Anlage 6: Einführung für den Expertenworkshop zur Nachhaltigkeitsprüfung am 13. Dezember 2011 durch Herrn Dr. Albert Statz im Brandenburger Umweltministerium

Anlage 7: Zeitungsartikel vom 20. März 2012 „Brandenburg will nachhaltig werden“, Potsdamer Neueste Nachrichten

Anlage 1: Inhaltsverzeichnis der Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg 2014

**Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg
25.04.2014**

Inhaltsverzeichnis

Teil A: Einführung.....	5
1. Nachhaltigkeit – der Weg zur politischen Strategie	5
2. Was bedeutet „Nachhaltigkeit?“	8

Teil B: Handeln – Konkrete Schwerpunkte	14
3. Auswahl der Handlungsschwerpunkte	14
4. Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg	16
4.1 Ausgangssituation	16
4.2 Handlungsbedarf	17
4.3 Leitlinie „Zukunftsfähige Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaftsregion“	19
4.4 Handlungsfelder	21
Handlungsfeld 1: Stärkere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik am Leitbild der Nachhaltigkeit	21
Handlungsfeld 2: Naturressourcen als wirtschaftliches Potenzial einer nachhaltigen Regionalentwicklung.....	24
Handlungsfeld 3: Nachhaltige Unternehmensführung als Chance wirtschaftlicher Entwicklung	28
Handlungsfeld 4: „Gute Arbeit“ und Fachkräftesicherung	29
Handlungsfeld 5: Partizipation bei Produktentwicklung, Produktion, Konsum und wirtschaftlicher Entwicklung	33
5. Lebenswerte Dörfer und Städte	36
5.1 Ausgangssituation	36
5.2 Handlungsbedarf	38
5.3 Leitlinie für „Lebenswerte Dörfer und Städte“	42
5.4 Handlungsfelder	43
Handlungsfeld 6: Mobilität	43
Handlungsfeld 7: Siedlungswasserwirtschaft	46
Handlungsfeld 8: Gesundheitliche Versorgung	48
Handlungsfeld 9: Sozialer Zusammenhalt	50
6. Brandenburg als Modellregion für Energiewende und Klimaanpassung	53
6.1 Ausgangssituation	53
6.2 Handlungsbedarf	55
6.3 Leitlinie „Modellregion für Energiewende und Klimaanpassung“	57
6.4 Handlungsfelder	59
Handlungsfeld 10: Energie und Klimaschutz (Energiewende)	59

Handlungsfeld 11: Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Klimawandel)	64
7. Zukunftsfähige Finanzpolitik	69
7.1 Ausgangssituation	69
7.2 Handlungsbedarf	73
7.3 Leitlinie „Zukunftsfähige Finanzpolitik“	73
7.4 Handlungsfelder	75
Handlungsfeld 12: Finanzpolitik	75
Handlungsfeld 13: Haushaltspolitik und Verwaltungsmanagement	77
Handlungsfeld 14: Förderpolitik	79
8. Bildung und Nachhaltige Entwicklung	82
8.1 Ausgangssituation	82
8.2 Handlungsbedarf	83
8.3 Leitlinie „ Bildung und Nachhaltige Entwicklung“	85
8.4 Handlungsfelder	87
Handlungsfeld 15: Nachhaltige Bildung (NB): Chancengerechtigkeit gewährleisten, Teilhabe ermöglichen.....	87
Handlungsfeld 16: Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE): in allen Bildungsbe- reichen verankern, Bildungsinhalte und Akteure vernetzen	92
Teil C: Umsetzung – Wege zu einer Nachhaltigen Entwicklung	96
9. Nachhaltigkeit als politischer Prozess	96
9.1 Partizipation und Kommunikation	96
9.2 Landesregierung als Vorbild	97
9.3 Abrechenbare Ziele und Indikatoren	98
9.4 Nachhaltigkeitsprüfung	98
Nachhaltigkeitsmanagement	98

Anlage 2: Übersicht zur Geschichte der Nachhaltigkeit in Brandenburg



Grafik aus der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg, S. 11.

Anlage 3: Mitglieder des 1. Beirats für Nachhaltige Entwicklung (2007 bis 2009)

Name	Funktion	Organisation
Prof. Dr. Ing. Udo Becker	Leiter des Lehrstuhls für Verkehrsökologie	Technische Universität Dresden, Fakultät für Verkehrswissenschaften
Prof. Dr. Gerhard Behrendt (Mitgliedschaft am 03.03.2009 niedergelegt)	Professur „Abfallwirtschaft/Altlastensanierung“, Leiter Institut für Kreislaufwirtschaft im Technologie- und Weiterbildungszentrum e. V.	Technische Hochschule Wildau
Dr. Oliver Bens	Leiter des wissenschaftlichen Vorstandsberereiches	Deutsches GeoForschungsZentrum Potsdam
Dr. Martina Brandt	Wiss. Mitarbeiterin im Bereich Betriebswirtschaft / Wirtschaftsinformatik	Technische Hochschule Wildau
Klaus Burkhardt	Mathematiklehrer im Ruhestand, Kommunalpolitiker, Verbraucherschützer	
Pfarrer Reinhard Dalchow	Umweltbeauftragter der evangelischen Kirche	Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Prof. Dr. Gerhard de Haan	Leiter Institut Futur	Freie Universität Berlin, Arbeitsbereich Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung

Ulrich Fey	Präsident der IHK Cottbus	Industrie- und Handelskammer Cottbus
Dr. Gerold Fierment	Diplom-Biologe	Brandenburgische Werkstatt Lokale Agenda 21
Prof. Dr. Uwe Grünewald	Lehrstuhlleiter Hydrologie und Wasserwirtschaft	Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Prof. Dr. Florian Jeltsch	Professur Vegetationsökologie und Naturschutz	Universität Potsdam, Institut für Biochemie und Biologie
Roland Kant	Geschäftsführer Ergo-Consult Roland Kant	Projektmanagement
Prof. Dr. Claudia Kemfert	Abteilungsleiterin Energie, Verkehr, Umwelt, Inhaberin des Lehrstuhls Umweltökonomie	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin
Tom Kirschey	Vorsitzender des Landesverbandes	Brandenburg des Naturschutzbundes Deutschland
Prof. Dr. Dr. Dieter Kirschke	Leiter des Fachgebietes Agrarpolitik	Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus
Prof. Dr. Rolf Kreibich	Wiss. Direktor und Geschäftsführer	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung GmbH
Prof. Dr. Brigitte Nixdorf	Lehrstuhlleiterin Gewässerschutz	Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik
Egon Rattei	Vorstandsmitglied	Landesbauernverband Brandenburg
Prof. (em.) Dr. Gerd Schmidt-Eichstaedt	Prof. em. Bau- und Planungsrechtler	Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung

Beate Schwigon	Landeskoordinatorin	Brandenburg des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege e. V. (DVL)
Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer	Juniorprofessorin für sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung	TU Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Institut für Soziologie
Dr. Elke Seidel	Dezernentin, Pulmologin und Umweltmedizinerin	Landesgesundheitsamt Brandenburg
Dr. Albert Statz	Regierungsdirektor a. D., ehem. Referatsleiter Nachhaltigkeit im Bundesumweltministerium	
Prof. Dr. Manfred Stock	Vorstandsbeauftragter Regionalstrategien	Potsdam Institut für Klimafolgenforschung e. V.
Dr. Franz Straubinger	Geschäftsführer	Hatzfeldt-Wildenburg'schen Verwaltung Schloss Schönstein
Burkhard Teichert (Mitgliedschaft am 09.02.2009 niedergelegt)	Vorsitzender	LV Bbg. der Naturfreunde e. V.
Prof. Dr. Hubert Wiggering	Direktor des ZALF, Professur für Geoökologie an der Universität Potsdam	Leibniz-Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF)

Anlage 4: Beschluss des Landtags zur Nachhaltigen Entwicklung, Drucksache 5/290-B

Landtag Brandenburg Drucksache 5/290-B

5. Wahlperiode

Neudruck

Beschluss des Landtages Brandenburg

Zum TOP 10: Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 9. Sitzung am 21. Januar 2010 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in diesem Jahr unter Einbeziehung der Empfehlungen des Beirats für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz beim MLUV aus dem Jahr 2009 mit dem Thema 'Nachhaltige Entwicklung' zu befassen. Der Landtag regt in diesem Zusammenhang an, dass zu diesem Thema erneut ein wissenschaftlicher Beirat als unabhängiges Beratungsgremium berufen wird.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis Oktober 2010 Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie zu formulieren, und dabei
 - eine ressortübergreifende und langfristige Ausrichtung zu berücksichtigen,
 - konkrete abrechenbare Ziele auch über die laufende Legislaturperiode hinausgehend zu benennen,

- einen Vorschlag zur Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen aufzunehmen und
 - zu prüfen, ob im Bund verwandte Instrumente (wie z. B. ein Nachhaltigkeitsscheck für gesetzliche Regelungen, regelmäßige Fortschrittsberichte oder ein 'Green-Kabinett') auf Landesebene eingeführt werden sollten.
3. Der Landtag prüft im 1. Halbjahr 2010, ob und welche im Bund oder in anderen Bundesländern erprobten Instrumente zur parlamentarischen Begleitung eines Beirates zur nachhaltigen Entwicklung eingeführt werden können.“

Fritsch
Der Präsident

Anlage 5: Mitglieder des 2. Beirats für Nachhaltige Entwicklung (2010 bis 2014)

Name	Funktion	Organisation
Prof. Dr. Ingo Balderjahn	Lehrstuhlinhaber	Universität Potsdam, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Marketing
Prof. Dr. Ing. Udo Becker	Leiter des Lehrstuhls für Verkehrsökologie	Technische Universität Dresden, Fakultät für Verkehrswissenschaften
Prof. Dr. Reiner Brunsch	Wissenschaftlicher Direktor	Leibnitz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim e.V.
Prof. Dr. Gerhard de Haan	Leiter Institut Futur	Freie Universität Berlin, Arbeitsbereich Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung

Prof. Dr. Andreas Knie	Senior Fellow der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik, Leiter der Projektgruppe "Mobilität"	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Prof. Dr. Rolf Kreibich	Wiss. Direktor und Geschäftsführer	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung GmbH
Prof. Dr. Heike Molitor	Professur Umweltbildung	Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH), FB Landschaftsnutzung
Dr. Timothy Moss	Stellvertretender Direktor, Abteilungsleiter Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter	Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. (IRS Erkner)
Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer	Juniorprofessorin für sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung	TU Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Institut für Soziologie
Dr. Albert Statz	Regierungsdirektor a. D., ehem. Referatsleiter Nachhaltigkeit im Bundesumweltministerium	
Prof. Dr. Manfred Stock	Vorstandsbeauftragter Regionalstrategien	Potsdam Institut für Klimafolgenforschung e. V.
Prof. Dr. Wilhelm-Günther Vahrson	Präsident	Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH)
Prof. Dr. Hubert Wiggering	Direktor des ZALF, Professur für Geoökologie an der Universität Potsdam	Leibniz-Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF)

Anlage 6: Einführung für den Expertenworkshop zur Nachhaltigkeitsprüfung am 13. Dezember 2011 durch Herrn Dr. Albert Statz im Brandenburger Umweltministerium

Link: http://www.nachhaltigkeitsbeirat.brandenburg.de/cms/media.php/bb2.a.5490.de/ws_nh_prue.pdf

Anrede,

- Herr Staatssekretär Rühmkorf hat schon darauf hingewiesen: das Nachhaltigkeitsverständnis ist bei vielen, die sich dieses Begriffes bedienen, vielfältig und oft diffus. Oft ist nicht Nachhaltigkeit drin, wenn es drauf steht – und häufig wird nachhaltig Politik gemacht, ohne dass sie so genannt und begriffen wird. In den Eckpunkten der Landesregierung für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie werden einige politische Prinzipien nachhaltiger Politik formuliert – die 6 P's wie „prüfbar“, „politikübergreifend“ und „partizipativ“, aber kein Leitbild, keine Kriterien. Angesichts dessen ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die bestehende Politik nur zusammengefasst und umetikettiert wird – was in der Politik nicht neu ist. Eine Strategie zu entwickeln, ohne vorher das Nachhaltigkeitsverständnis geklärt zu haben – wie kann das gehen?
- Dieses Dilemma ist der Auslöser dafür, dass sich der brandenburgische Nachhaltigkeitsbeirat sehr früh mit dem Thema der Nachhaltigkeitsprüfung befasst hat. Denn in den Eckpunkten, die die Landeregierung beschlossen hat, ist festgelegt, die bisherige Politik auf den Prüfstand zu stellen und die Handlungsschwerpunkte an Maßstäben der Nachhaltigkeit auszurichten.
- In dieser Situation wurde von einem Ministeriumsvertreter in einer Diskussion der interministeriellen Arbeitsgruppe geäußert, es sei ein Katalog von Kriterien notwendig, um über-

haupt die eigene Politik in diesen Rahmen stellen zu können. Also lag es nahe, die Inhalte nachhaltiger Politik dadurch zu entwickeln, dass die zentralen Vorhaben und Politikbereiche anhand zentraler Fragen und Maßstäbe der Nachhaltigkeit überprüft werden. Denn eine Landesnachhaltigkeitsstrategie, die konkrete Zielen und Aktionspläne enthält, deren Erfüllung als konkrete Maßstäbe dienen können, soll ja erst entwickelt werden. Die allgemeinen Fragen, die offen formuliert sind und auf den Kern der Nachhaltigkeit zielen, sollen einen gemeinsamen Lernprozess auslösen und abstecken, welche Aufgaben in den Handlungsfeldern angegangen werden müssen. Und genau das fordern die Eckpunkte der Landesregierung ja. Dabei geht es nicht nur darum, Defizite festzustellen, sondern auch, Politik dort weiterzuentwickeln, wo es positive Anknüpfungspunkte gibt.

- Trotz aller Unterschiede im Verständnis: Es gibt ein allgemeines Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, einen solchen festen Kern, wenn man sich die wissenschaftliche Diskussion und politische Entwicklung anschaut:
 - Es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Lebensweise und Politik – das findet seinen Ausdruck in den Fragen nach den natürlichen Lebensgrundlagen und der Gerechtigkeit für die gegenwärtig Lebenden und zwischen den Generationen.
 - Es geht darum, den Blick zu weiten für die vielfältigen Ursachen politischer Probleme und damit für ein umfassendes Verständnis ihrer Lösungen – das erfordert einen integrativen Ansatz, ein Verständnis von nachhaltiger Politik als Querschnittsaufgabe.
 - Es erfordert klare und überprüfbare Ziele, ein neues Politikverständnis („Nachhaltigkeits-Governance“), das den Prozess der ständigen Überprüfung der Politik insti-

tutionell absichert und auf Dauer stellt, das politische Handeln selbst nachhaltig macht.

- Und es geht darum, dass eine nachhaltige Lebensweise und Politik nicht von oben, vom Staat verordnet werden kann, sondern eine aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger und eine größere Transparenz und Partizipation erfordert. Der Mehrwert eines solchen politischen Handelns muss sich immer wieder in der Praxis beweisen.
- Mit den allgemeinen Managementregeln der Nachhaltigkeit, mit den bereits bestehenden Strategien auf Bundes- und EU-Ebene, mit den Ansätzen nachhaltiger Stadtpolitik, in den Strategien und Aktionsprogrammen gibt es schon sehr viel „Fleisch“ um diesen festen Kern.
- Auch Nachhaltigkeitsprüfungen gibt es ja schon – deshalb hat das MUGV ja Praktiker aus dem Bund und aus Baden-Württemberg eingeladen; die EU hat das älteste „impact assessment“ und Kriterien der Nachhaltigkeit sind integraler Bestandteil der Strukturfondspolitik. Diese stehen häufig im Kontext der Gesetzesfolgenabschätzung. Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, eine solche Gesetzesfolgenabschätzung zu prüfen. Nachhaltigkeitsprüfungen lassen sich aber auch auf andere Gegenstände als die Rechtssetzung und auf einen unterschiedlichen zeitlichen Rhythmus – ex-ante, begleitend oder ex-post – übertragen, zum Beispiel Pläne, Programme oder Projektförderungen. Das ist im Einzelnen zu diskutieren.
- Nachhaltigkeitsprüfungen folgen zumeist dem Muster, Vorhaben auf alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – oder auf ähnliche Weise bestimmte Themenfelder – und ihre Wechselwirkung abzuklopfen, um der Querschnittsaufgabe Nachhaltigkeit gerecht zu werden.

Dies erfordert Verfahren der Ressortkoordination, in denen das realisiert wird. Die Komplexität des Nachhaltigkeitsansatzes zu reduzieren und dies handhabbar zu machen, ist die zentrale Herausforderung an Politik und Verwaltung.

- Brandenburg hat nun ein Tool für einen „Nachhaltigkeitscheck“ entwickelt, das inzwischen für einige Pilotvorhaben getestet wurde. Wenn Sie in das Prüfschema schauen, sehen Sie zwei Schritte der Prüfung: die allgemeinen und übergreifenden Fragen, die sich aus dem „Kern“ – insbesondere den „Managementregeln“ der Nachhaltigkeit – ergeben, stellen den ersten, sehr offenen Schritt dar, sich zu vergewissern, welches denn die Nachhaltigkeitsaspekte sind, die überhaupt berücksichtigt werden müssen. Dies beantwortet dann im Sinne einer „Vorprüfung“ gleichzeitig auch die Frage, ob eine NHP überhaupt einen Mehrwert verspricht. Hier ist besonders wichtig, dass die Fragen den Blick öffnen sollen für neue Aspekte und Betroffenheiten, für Zielkonflikte und langfristige Folgen. Und für mögliche Handlungsalternativen. Eine flächendeckende Prüfung aller politischen Vorhaben ist schon allein wegen des damit verbundenen Aufwands kaum möglich, eine Auswahl und Konzentration der Prüfungen unumgänglich. Im zweiten Schritt werden dann die Querschnittsaspekte geprüft, um vernachlässigte Aspekte der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen und eine umfassende Perspektive auf die Probleme und ihre Lösungen zu gewinnen. Herr Pohlmann wird auf das Prüfschema noch näher eingehen.
- Unsere Erfahrungen in Brandenburg machen eines deutlich – und es liegt mir sehr viel daran, das zu betonen: Nachhaltigkeitsprüfungen sind zuallererst eine Frage der Inhalte. Ihre zentrale Aufgabe ist es, den Lernprozess, was die Prinzipien der Nachhaltigkeit für die eigene Arbeit bedeuten, zu strukturieren und zu fördern – und zwar in allen Phasen eines Vorhabens und im Dialog aller Beteiligten. Die Prüfkataloge und Verfahrensregeln sind ein

Hilfsmittel. Aber von ihnen hängt es entscheidend ab, ob diese Lernprozesse auch in die Praxis eingehen.

- Aber es besteht eine große Gefahr: dass der Prüfprozess zur reinen Routine erstarrt – wir kennen das aus der Gesetzesfolgenabschätzung: Da wird nach den Auswirkungen auf KMU, Haushalt, Preisniveau etc. gefragt – die Antwort ist allzu häufig: „keine“ oder „nicht genau bezifferbar“ oder sie bleibt sehr allgemein. Gleiches begegnet uns ja auch bei den Prüfungen zum Gender Mainstreaming. Meine Erfahrungen lehren mich, dass der Sinn einer Nachhaltigkeitsprüfung deutlich sein muss, bevor die – immer als lästig empfundenen - Diskussionen über die Änderung der GGO der Landesregierung oder andere konkrete Verfahren erfolgreich geführt werden können.
- Es geht, wie gesagt, um den Mehrwert einer Nachhaltigkeitsprüfung. Dieser hängt sehr davon ab, wie sie im Einzelnen ausgestaltet wird – inhaltlich und prozedural. Maßstab für die Verfahren muss sein, wie weit sie die inhaltlichen Lernprozesse befördern und zur Verbesserung der Politik beitragen. Nur durch eine systematische Arbeit an den Inhalten ist Nachhaltigkeit auch mehr als eine neue Überschrift über die vorhandenen Regierungsvorhaben und Berichte, mehr als „alter Wein in neuen Schläuchen“. Schließlich geht es bei der Nachhaltigkeit um einen neuen, übergreifenden Ansatz, um einen „Paradigmenwechsel“ in der Politik. Ich erhoffe mir von unserem Workshop, dass wir in unseren Diskussionen die verschiedenen Erfahrungen und Einschätzungen austauschen und damit der Einrichtung einer NHP – wie immer im Einzelnen ausgestaltet – näher kommen.

Anlage 7: Zeitungsartikel vom 20. März 2012 „Brandenburg will nachhaltig werden“, Potsdamer Neueste Nachrichten von Alexander Fröhlich

Kritik an rot-roter Fixierung auf Braunkohle

Potsdam - Mit einer am Freitag in Potsdam startenden Dialogoffensive und zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen will Brandenburgs Umweltministerin Anita Tack (Linke) bis zum Frühjahr 2013 eine Nachhaltigkeitsstrategie für die Landesregierung erarbeiten. Schon jetzt sind allerdings Konflikte zur aktuellen Regierungspolitik, besonders zur jüngst im Kabinett beschlossenen Energiestrategie 2030 absehbar. Für die Nachhaltigkeitsstrategie soll ein breites Themenspektrum abgedeckt werden, darunter sind Perspektiven für strukturschwache Regionen, Finanzpolitik und Bildung. Zündstoff bietet allerdings das Kernthema Energie- und Klimawandel. Zwar versprach Tack, die Strategien der Landesregierung für Nachhaltigkeit und Energie würden kompatibel sein und Richtschnur für das Regierungshandeln werden. Doch der Vorsitzende des Beirates für Nachhaltige Entwicklung, Manfred Stock, selbst Wissenschaftler am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, ließ durchblicken, dass er die Energiepolitik von Rot-Rot keineswegs für nachhaltig hält. Die in der Energiestrategie vorgesehene weitere Verstromung der Braunkohle, der Ersatzneubau für das Kraftwerk Jänschwalde, neue Tagebaue und das Festhalten am Status als Energieexportland seien nicht ausreichend begründet. Für die Nachhaltigkeitsstrategie werde geprüft, ob es nicht günstige-

re Entwicklungskonzepte für Brandenburg und die Lausitz ohne Braunkohle gibt. Dabei gehe es auch darum, die Bürger stärker an der Energiewende zu beteiligen, auch wirtschaftlich, etwa an Windparks. Vor allem für die Lausitz wolle er einen „Plan A“ für die Zukunft entwickeln, „Plan B“ mit Braunkohle sei nur die zweite Wahl. Regionen, die sich einseitig auf die Nutzung von Braunkohle oder Stahl ausrichteten, seien meist die Armenhäuser ihrer Länder. „Die Gewinne werden abgeschöpft, am Ende bleibt wenig übrig für die Region“, so Stock. Zudem dürften neben geförderten Wachstumskernen nicht strukturschwache „Schrumpfungsbereiche“ vergessen werden.

Bereits im August 2010 hatte der Beirat ein Eckpunktepapier vorgelegt, 2011 beschloss die Landesregierung ebenfalls ein Papier als Grundlage für die Strategie. Bei dem am Freitag startenden Dialog zur Nachhaltigkeitsstrategie bringen sich auch die Landtagsfraktionen ein, nur die FDP-Fraktion macht nicht mit. FDP-Umweltexperte und Landeschef Gregor Beyer sagte, die „Alibi-Veranstaltung“ sei „ein reines Schaulaufen von Umweltaktivisten“ und reine Geldverschwendung. Für 200 000 Euro würden Dinge besprochen, „die am Ende in einer tiefen Schublade verschwinden“.